

Krakauer Zeitung.

Nro. 91.

Donnerstag, den 22. April.

1858.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krakau 4 fl., mit Verendung 5 fl. — Die einzelne Nummer wird mit 5 kr. berechnet. Inserate, Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

Ämtlicher Theil.

Nr. 10278. Kundmachung.

Die Gemeinde Polanka wielka (Wadowicer Kreises) hat sich im Zwecke der Dotirung einer Trivialschule im Orte verbindlich gemacht:

1. Zum Unterhalte des Lehrers jährlich 180 fl. CM. beizutragen;
2. ein angemessenes Schulhaus aus dem von der Gutsheerrschaft zugesicherten Holzmateriale zu erbauen;
3. zur Beheizung der Schule jährlich 6 Klafter Holz oder ein entsprechendes Quantum Steinkohlen beizuschaffen.

Dieses an den Tag gelegte Streben zur Hebung der Volksbildung wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Landes-Regierung.

Krakau, am 18. April 1858.

Der von Sr. Majestät dem Könige von Griechenland zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlichen Hofe ernannte Baron Sina hat am 15. d. die Ehre gehabt, Sr. k. k. apostolischen Majestät in einer besondern Audienz sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Der Minister der Justiz hat die in Einz erledigte Landesgerichtsstelle dem Kreisgerichtsrathe, mit Landesgerichtsraths-Charakter, Theodor Thanner, in Wien verliehen.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjunkten, Eduard Seidenbacher, in Gilly zum Staatsanwalts-Substituten mit dem Charakter eines Ratheseretzars bei dem Kreisgerichte in Neuhäbel ernannt.

Der Minister der Justiz hat dem Gerichtsadjunkten, Joseph Garkl, in St. Pölten die angefallene Ueberlegung in gleicher Dienstleistung zu dem Kreisgerichte in Wels bewilligt und den Bezirksamtsaktuar in Grein, Adolph Gochenburg, zum Gerichtsadjunkten in St. Pölten ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den provisorischen Lehrer, Eugen Nobilit Balbi, an der k. k. Ober-Realschule zu Venedig zum wirklichen Lehrer derselben Unterrichtsanstalt ernannt.

Die k. k. oberste Rechnungs-Kontroll-Behörde hat den Rechnungsofficial der Kameral-Hauptbuchhaltung, Joseph Baader, zum Rechnungsrathe dieser Buchhaltung ernannt.

Am 20. April 1858 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XII. Stück der ersten Abtheilung des Landes-Regierungsblattes für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 44 die Inhaltsanzeige des Erlasses der obersten Rechnungs-Kontrollbehörde vom 17. März 1858, — wichtig für das lombardisch-venetianische Königreich, — womit eine provisorische Vorrichtung über die Einrichtung theoretischer Prüfungen aus der Staatsrechnungswissenschaft kundgemacht wird;

Nr. 45 die Verordnung der Ministerien der Justiz und der Finanzen vom 21. März 1858, über die theilweise Abänderung des §. 39 der Verordnung vom 16. November 1850, Nr. 448 des Reichsgesetzesblattes;

Nr. 46 die Inhaltsanzeige der Verordnung des Finanzministeriums vom 24. März 1858, — gültig für Dalmatien, — betreffend die Tarabestimmung für Waaren in Ballen, Säcken, Kisten und Fässern;

Nr. 47 Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 26. März 1858, betreffend die Behandlung der zum Vorlesien gekommenen Seite „Neu-Jerusalem, Neu-Salemitten, Johannesbrüder, Vekenner der reinen christlichen Lehre“.

Senilleton.

Die Memoiren des Prinzen Eugen Beauharnais.

(Fortsetzung.)

Der Bicekönig wurde in dem Glauben, er habe seine Sache mit Calimbi recht gut gemacht, durch das Schreiben Napoleons vom 25. Juli 1805 gar sehr getrübt. Dasselbe enthielt in dieser Beziehung, was nachsteht: „Sie finden nebenan das Absehungsbefehl des Generals Calimbi; wenn sein Bruder weiter noch Neben solcher Art führt, so werde ich ihn verhaften und erschießen lassen. Ich wünsche zu wissen, ob es die Anhänger Melzi's oder irgend eines Andern sind, die die Verwerfung des Befehles bewirkt haben. Die Rede, die Sie dem Calimbi gehalten haben, war nicht vernünftig; man muß als Richter ernst sein. Man hätte ihn durch die Polizei oder den Minister des Innern vorfordern lassen und mir Bericht erstatten sollen. Ich habe mit der Absehung Calimbi's begonnen. Ich kenne die Italiener besser als Sie; ich werde diejenigen protegieren, welche mir Anhänglichkeit beweisen, werde aber strenge Justiz gegen jene üben, die einer verschiedenen Kategorie angehören.“

Indes war der Bicekönig nicht so ganz unbekannt

Nr. 48 die Inhaltsanzeige der Verordnung des Ministers der Justiz vom 29. März 1858, — gültig für die Königreiche Ungarn, Kroatien und Slavonien, das Temeser Banat und die Serbische Wojwodina, — über die Zulässigkeit und Behandlung grundbücherlicher Anmeldungen von Pfandrechten, welche durch gerichtliche Beschreibung der Pfandreallität erworben sind;

Nr. 49 der Erlass des Finanzministeriums vom 3. April 1858, über die Erhöhung des rückvergütenden Verzehrungssteuer-Betrages für die in's Ausland ausgeführten gebrannten geistigen Flüssigkeiten.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 22. April.

Wie dem „Gaz.“ aus Wien berichtet wird, hatte am 19. d. die Deputation des Verwaltungsrathes der galizischen Eisenbahn, bestehend aus dem Präses derselben, Fürsten Leo Sapieha, dem Vice-Präses Fürsten Jablonowski und den Mitgliedern: Graf Adam Potocki, Graf Heinrich Wodzicki, Graf Landoronski, Vincenz Kirchmayer u. s. w., die Ehre Sr. Majestät im Namen des Landes, in einer Privataudienz den Dank für die Ertheilung der Concession ehrfurchtvollos auszusprechen. Fürst Sapieha gab in einer kurzen Anrede der Hoffnung Ausdruck, daß Sr. Majestät und die Regierung auch ferner einem für den Gesamtstaat und Galizien so wichtigen Unternehmen, ihren Schutz nicht versagen werden.

Sr. Majestät nahmen diese Worte mit Genugthuung auf und äußerten die Ueberzeugung, daß in den Händen der vor Allerhöchstdemselben erschienenen Männer die Unternehmung niemals zu Privat-Speculationen dienen und daß sie glücklich zum allgemeinen Besten zu Ende geführt werden würde. Sr. Majestät gerühte auch Krakau's zu erwähnen, indem Höchstselben dieser Stadt sowohl in Bezug auf mercantile als industrielle Wohlfahrt eine glücklichere Zukunft prophezeiten. Sr. Majestät unterhielt sich hierauf mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation und schloffen endlich die Audienz, welche in den Herzen aller die erhebende Erinnerung an diesen Augenblick, und gestärkte Hoffnungen für die Zukunft zurückließ.

Die Freisprechung Bernard's hat in Frankreich große Indignation erregt. Diesen Ausgang des Processes hatte man nicht erwartet. Man hatte, schreibt ein Corr. der „R. Z.“ vom 19. d., erwartet, daß die Richter die Befehle nicht zulänglich finden würden, um Bernard mit einer strengen Strafe belügen zu können, und hatte in einem solchen Falle erwartet, daß Lord Derby der Kammer eine neue Flüchtlings-Bill vorlegen würde. Eine Lösung der Frage wäre dann leicht gewesen. Den Fall, daß die Geschworenen ein Nicht-Schuldig aussprechen würden, hätten aber nur Wenige erwartet, und die Lage ist durch dieses Urtheil noch viel verwickelter geworden. Ueber die zukünftige Absehung der hiesigen Regierung in dieser Angelegenheit vernimmt man noch nichts. Nur gibt ein Artikel der heutigen „Patrie“, die allein von allen Blättern dem Urtheil der Geschworenen einige Worte widmet, einigen Aufschluß darüber. Sie sagt, das englische Gesetz be-

trachte die Verschöpfung, um einen Mord zu begehen, nur als ein einfaches Vergehen; dieses Vergehens sei nun Bernard noch angeklagt. Die mitthen Dispositionen dieses letzteren Gesetzes haben aber nun gerade Lord Palmerston, wie die „Patrie“ weiter bemerkt, zur Vorlage seiner Bill veranlaßt, welche die Verschöpfung, deren Zweck der Mord ist, als ein Hochverraths-Verbrechen behandelt haben wollte, einerlei, wo die Person wohne, die ermordet werden sollte. Die „Patrie“ scheint andeuten zu wollen, daß die englischen Minister, sich auf diese Beweggründe stützend, doch noch eine Verschöpfung-Bill vor die Kammern bringen werden. Die übrigen Blätter bringen alle einfach die Nachricht von der Freisprechung. Der „Moniteur“ hülft sich jedoch in drohendes Stillschweigen. Mittlerweile haben der „Univers“ und der „Constitutionnel“ heftige Artikel hierüber veröffentlicht, über welche jedoch nur telegraphische Andeutungen vorliegen. Der „Constitutionnel“ nennt die Freisprechung Bernard's geradezu einen Scandal und mit vollem Recht. Hier hat um weniger, als Bernard gethan, das Schaffot besteigen müssen.

Die neueste Nummer der Times meldet, daß Bernard gegen Caution auf freien Fuß gesetzt wurde. Wegen Verschöpfung wird er noch vor den Assisen zu erscheinen haben, aber, wie die Times hinzufügt, ist es wahrscheinlich, daß das öffentliche Ministerium von dieser Anklage Abstand nehmen werde.

Der Dld. Post will es scheinen, daß der Artikel des Herrn René bloß den Zweck habe, ein Motiv aufzustellen, mittelst dessen man die Vertheidigungsrede des Mr. James den Pariser Blättern verbieten kann. Der „Moniteur“ und nach ihm alle Journale haben die Berichte über den Prozeß Bernard bisher ausführlich gegeben. Welche Verlegenheit, als plötzlich der Brief Alfons an Bernard kam. Kann der „Moniteur“ solche Ausdrücke über das Staatsoberhaupt wiederholen? Und nun vollends die Vertheidigungsrede des Mr. James! Als der „Moniteur“ seiner Zeit die Vertheidigungsrede Jules Favre's vollständig gab und den bekannten Brief Drini's abdruckte — da war es freilich etwas Anderes. Damals trafen die Pfeile nicht Frankreich, das verderbliche Geschloß war gegen andere Regierungen gerichtet, es regte in jenen italienischen Staaten auf, in welchen Frankreich immer gerne einen Einfluß haben möchte — die Veröffentlichung des Briefes Drini's geschah daher — „im Interesse der Vertheidigung“ die Veröffentlichung der Rede Jules Favre's nicht minder. Aber nun kommt der Gegenatz, um nicht zu sagen die Nemesis. In Dld. Bailey wird ein Brief vorgelesen und eine Vertheidigungsrede gehalten, die in Frankreich eben so gefährlich zu verbreiten wäre, wie es in Italien die Drini'schen Briefe waren. Aber der „Moniteur“ hat ja bereits das Beispiel gegeben, daß solche Publikationen ganz in der Ordnung sind! Wie nun plötzlich aus dieser Verlegenheit einen Ausweg finden? Dafür schafft der Artikel des „Constitutionnel“ heute Rath. Die Entrüstung in Frankreich ist so groß, daß man es nicht wagen könnte, die Rede des Mr. James zu veröffentlichen!

Die Petersburger Zeitungen theilen den zweiten Drini'schen Brief an den Kaiser Napoleon aus der

piemontesischen Zeitung theils vollständig, theils im Auszuge mit.

Zwischen den Höfen von Berlin und Wien finden jetzt, wie man nun auch der „H. Zh.“ aus Berlin schreibt, Verhandlungen über die Form der, der dänischen Regierung auf ihre Erklärung vom 25. März zu ertheilenden Antwort statt; es handelt sich um die mehr oder weniger kategorische Fassung der bereits beschlossenen Zurückweisung dieser Erklärung, insbesondere ob ein Termin zur Erfüllung der Forderungen des Bundes gestellt, oder eine neue unumwundene Erklärung wegen Befriedigung dieser Forderungen nebst genügender Bürgschaft dafür beansprucht werden soll.

Wie der „Schl. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, sind die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich über die Erledigung der holsteinischen Angelegenheit am Bundestage, wenn auch noch nicht vollständig erledigt, doch so weit vorgeschritten, daß ihre Ueberweisung an die übrigen Bundesregierungen schon in den nächsten Tagen bevorsteht.

Die Independance belge meldet, daß die portugiesische Regierung der französischen wegen der Zwistigkeiten an der africanischen Westküste vollständig nachgegeben habe; die zwei festgehaltenen französischen „Auswanderer-Schiffe“ sollen freigegeben und der Ausfuhr „freier Regier“ nach den französischen Colonien kein Hinderniß mehr in den Weg gelegt werden.

In einem der Cagliari- Angelegenheit gewidmeten Artikel rath der Constitutionnel beiden streitenden Mächten, namentlich aber Neapel, das durch seine politische Stellung ganz besonders darauf angewiesen sei, zu entgegenkommenden und versöhnlichen Schritten. Die neapolitanische Regierung habe, nachdem sie die englischen Ingenieure freigegeben, keinen haltbaren Grund, sich der Freilassung des Capitans und der Mannschaft des „Cagliari“ noch länger zu widersetzen.

Die Nachricht der „Allg. Ztg.“, daß Rußland sich in einem Rundschreiben an die anderen Mächte des Pariser Congresses zu einer bewaffneten Intervention in den abendländischen Provinzen des osmanischen Reiches bereit erklärt habe, wurde bekanntlich eine unbegründete genannt; nichts desto weniger, schreibt ein pariser Correspondent der „N. Dr.“, ist es eine Thatsache, daß die russische Diplomatie sich außerordentlich lebhaft für die christlichen Bevölkerungen in jenen Gegenden interessiert und daß vorzüglich auf Anlaß des petersburger Cabinets, die französische Regierung in die Pforte dringt, daß dieselbe den Forderungen der christlichen Gerechtigkeit widerfahren lasse. Weit entfernt sich zu einer Intervention bereit erklärt zu haben, schiebt Rußland die französische Regierung gleichsam vor und enthält sich, so viel wie thunlich, jeder directen Action in Konstantinopel, weil es weiß oder besorgt, daß man seine Absichten mißdeuten könnte. Nach demselben Correspondenten geben sich in Paris sehr lebhaft Sympathien für den Fürsten Danilo kund und eine officiöse politische Chronik drückt die Meinung der Regierung aus, wenn sie behauptet, der Sultan beanspruche mit Unrecht die Supranationalität über Monte-

auch, zeigte sich aber doch viel humaner und rücksichtsvoller als der Kaiser. So hatte der letztere befohlen, daß die Auszahlungen der Pensionen der Geistlichen, welche bisher alle drei Monate geschahen, in Zukunft immer erst nach sechs Monaten bezahlt werden sollen. Eugen schrieb ihm hierüber unter dem 15. Juni 1805: „Ich muß Ew. Majestät aufmerksam machen, daß diese Maßregel, so vortreflich sie auch für die Finanzen ist, weil man durch dieselbe am laufenden Jahre drei Monate gewinnt, den Geistlichen großes Leid zufügt und ich darf sagen, auch auf die sentimentale Meinung einen üblen Eindruck macht. Die Mönche, Priester u. s. w. werden genöthigt sein, Geld zur lästigen Zinsen aufzunehmen, oder aber während vier oder fünf Monaten vor ihrer ersten Bezahlung zu betteln. Es würde ein großer Beweis der Güte Ew. Majestät sein, wenn zu ihren Gunsten die Zahlung nach der früheren Art hergestellt würde, alle zwei oder wenigstens alle drei Monate.“ Napoleon aber antwortete unter dem 16. Juni aus Verona: „Ihre Bemerkungen über den Zahlungsmodus der Pensionen sind nicht begründet. Er ist unerlässlich für die Ordnung in den Finanzen und der Gesichtspunkt, unter welchem Sie ihn betrachten, ist nicht der meine; es ist nicht mein Zweck in diesem Jahre zwei Millionen zu ersparen, sondern ein festes System einzuführen. Die monatlichen Zahlungen veranlassen zu viele Verlegenheiten, und da sie nach der neuen Methode eben

so sicher und zuverlässig sind, wird dieselbe nur eine sehr geringe Bewegung verursachen.“

Durch die sogenannte Vereinigung vieler Pfarreien und Klöster, folglich durch Aufhebung vieler, hatte die Zahl der Pensionisten aus dem geistlichen Stande sehr zugenommen, welche jener Zahlungsmodus hart traf. Große Unzufriedenheit herrschte überhaupt unter dem geistlichen Stande wegen der übrigen Maßregeln in Bezug auf die Kirche, welche Napoleon ergriffen hatte und es war so weit gekommen, daß der Bicekönig ihm unter dem 23. Juli Folgendes zu berichten hatte: „Die Priester haben in den Kirchen oder Sakristeien Reden gegen die Regierung geführt, und sagten laut genug, daß man ihnen ihr Eigenthum raube u. s. w. Ich ließ den Herrn Cardinal (Erzbischof von Mailand) kommen, und bat ihn, die Pfarrer zu versammeln und zu ihnen zu sprechen; ich machte ihn aufmerksam, wie peinlich es für mich sein würde, wenn ich Diener der Religion verhaften lassen, oder auf irgend eine Weise streng verfahren müßte und sagte, daß ich es niemals, außer im Falle der äußersten Nothwendigkeit thun würde, daß es aber doch sehr nothwendig wäre, daß dieselben ihre Sprache ändern. Er muß ihnen eine sehr schöne Rede gehalten haben, denn sie sind für den Augenblick sehr ruhig. Um ihm ein Vergnügen zu machen, habe ich ihm versprochen, Ew. Majestät diesen ersten Vorfall nicht wissen zu lassen; aber ich weiß genau, daß es meine Pflicht ist, Ew. Majestät von

Die Hartnäckigkeit der Außenmauer der weiland I
thurm-Bastei bietet der Demolierungsarbeit so ernste S
keiten, daß das aufgestellte Programm sich allem Anschei
einen Stich durch die Rechnung wird gefallen lassen

“ Im Jahre 1848 wurde bekanntlich dem Feldmarschall Graf Radetzky von einer eigenen Deputation tirolischer Schützenhauptleute ein geschichtlich merkwürdiger Stutzen aus den Kämpfen von 1797, 1809 und 1848) als Zeichen der Bewunderung und Verehrung überreicht. Dieses Stutzen hat der Marschall zu seinem Helmschilde überreicht. Er vermachte ihn Hr. Maj. v. W. in seinem Testamente nicht vergessen. Er schenkte ihn dem Kaiser und stellte ihn höchstpersönlich zur Verfügung. Der größte Beweis, wie hoch Marschall Radetzky das Geschick der Tiroler schätzte. Dieser Stutzen ist endlich glücklich durch den Kaiserlichen Willen Er. Majestät dem Ferdinanden in Innsbruck übermacht worden, wodurch dieser Tiroler Stutzen zu seinem persönlichen Merkwürdigkeiten noch eine ganz besondere erhielt, so daß er jetzt gewiß zu den interessantesten Waffen der Welt zählt. Verührt durch seine herrlichen Kämpfe mit den Feinden des Vaterlandes, geweiht durch die Hand Radetzky's und durch den Kaiserlichen Willen, die Widmung des Kaisers wird der Stutzen fortan ein hoher Stolz der tirolischen Nationalmuseums sein. Der Stutzen wurde laut Inschrift auf dem Lauf von Joh. Georg Wisthafer in Meran 1777 angefertigt. Er hat 7 Füge, zierlich gearbeitete deutschen Schaft und vergoldete Garnitur. An der Wange trägt er auf einem silbernen Schildchen die Widmungsworte: „ehren den Ansehen der Tiroler für Tapferkeit und Großmuth.“ An dem Laufe stehen die Worte: „erprobt 1797, 1809 und 1848.“

“ Die Spielwarenhandlung am Laurenzerberg, die bei den jüngsten Brande großen Verlust erlitt, ward von einem eigenthümlichen Geschehnisse verfolgt. Der Besitzer derselben erhielt, wie der „P. Ztg.“ geschrieben wird, an diesem Tage zu Wasser an dem Donaufmale eine große Sendung mit Waaren aus Bergamo, die wegen der Demolirung der Stadtmauer am jetzigen Leopoldshäuser Ufer landen mußte. Die Waaren sollten nun mittels großer Lastwagen in die innere Stadt verführt werden und da die Passirung der Ferdinandsbrücke für schweres Fußwerk verboten ist, die Weiterverfrachtung aber große Auslagen verursacht hätte, so wandte sich der Kaufmann an die Polizeidirection mit der Bitte, seine Waaren ausnahmsweise die

